



Protokollauszug aus der 82. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 19.09.2018

öffentlich

**Top 3 Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017 für die Landeshauptstadt Potsdam sowie Schwerpunkte der kommunalen Kriminalitätsprävention
gemäß Beschluss: 16/SVV/0719**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Leiter der Polizeiinspektion, Herrn Toppel, der mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Potsdam für das Jahr 2017 vorstellt. Er geht in seinen Ausführungen auf **Einsatzan-gelegenheiten**, wie z.B. die Anzahl der Einsätze bei Verkehrsunfällen, die **Kriminalitätslage**, wie z.B. Straftaten zu ausgewählten Deliktbereichen und in ausgewählten Stadtteilen sowie die Deliktverteilung und die **Verkehrslage** ein.

Anschließend beantwortet Herr Toppel die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Herrn Kirsch, ob es Vergleiche zu ähnlich großen Städten und Straftaten durch sogenannte Clans gebe. Außerdem von Herrn Dr. Scharfenberg zur Wirksamkeit der Videoüberwachung am Hauptbahnhof und von Herrn Heinzl zum Verhältnis zwischen den tatsächlichen Delikten und der gefühlten Sicherheitslage. Hierzu betont Herr Toppel, dass Potsdam eine sichere Stadt sei und bei Kriminalitätsdelikten weit hinter den anderen kreisfreien Städten liege. Auf die Nachfrage von Frau Armbruster nach Fällen von Alkohol- und Drogenmissbrauch am Hauptbahnhof durch sehr junge Jugendliche und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadt respektive Jugendamt, bestätigen er und der Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, Herr Schubert, dass diese Zusammenarbeit bestehe und auch gut funktioniere. Ein Problem des genannten Drogenmissbrauchs hingegen sehe er nicht.

Bezüglich der Verkehrslage, so Herr Toppel, seien Unfälle von und mit Radfahrern zunehmend ein Problem, was zukünftig einer noch größeren Aufmerksamkeit bedürfe. Insbesondere das Überfahren roter Ampeln sei eine Unsitte in dieser Stadt. Er bestätigt die Anmerkung des Oberbürgermeisters, dass Unfallschwerpunkte nicht die allgemein angenommenen Orte, wie z.B. am Landtag seien, sondern eher Orte die als übersichtlich gelten.